

Bezugspreis: Vierteljährlich 7,50 RM, monatlich 2,50 RM...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Nonparelletze kostet 1,20 RM...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 27. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Arbeitslosenfundgebung in London.

London, 26. Mai. (Reuter.) Nach einer Kundgebung von Arbeitslosen, früheren Soldaten und Seeleuten im Hyde Park...

Im Unterhause erklärte Staatssekretär für innere Angelegenheiten, Shortt, die Tumultsitzen, zu denen es am Nachmittag außerhalb des Parlaments kam...

Englische Anerkennung neuer Regierungen.

London, 26. Mai. (Reuter.) Harmsworth erklärte im Unterhause, daß die britische Regierung folgende neue Regierungen endgültig anerkannt hat: Die Tschecho-Slowakei, Polen und Finnland...

Das Schicksal Konstantinopels.

Wilson an den Viererrat.

Amsterdam, 27. Mai. Nach einer Drahtlosenmeldung soll Wilson den Viererrat ersucht haben, sich darauf vorzubereiten, daß die Vereinigten Staaten kein Mandat über Konstantinopel...

Schärfste Kritik der französischen Saargebietnoten.

Noch zu viel Zugeständnisse.

Verfaßtes, 26. Mai 1919. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Der Temps kritisiert die Antwort der Alliierten auf die deutsche Saarnote...

Wachsender Widerstand gegen Wilsons Völkerbund.

Amsterdam, 27. Mai. 'Nieuwe Rotterdamse Courant' meldet, daß im amerikanischen Senat der Widerstand der Republikaner gegen den Völkerbundplan des Präsidenten Wilson zunehme.

Zu den Pariser Kundgebungen.

„Eine ernsthafte Warnung.“

Verfaßtes, 26. Mai. Unter dem Titel 'Ein notwendiges Ultimatum' schreibt der 'Populaire' heute, daß die gestrigen Pariser Kundgebungen unter den augenblicklichen Verhältnissen eine ganz besondere Bedeutung einnehmen...

Die Frage, was zu tun sei, muß allerdings sehr bald in positivem Sinne beantwortet werden, wenn für die Arbeiterschaft der Welt irgend etwas von Bedeutung dabei herauskommen soll...

'Het Volk' gegen die Ententefreunde.

Amsterdam, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) In einem längeren Artikel wendet sich 'Het Volk' gegen den früheren Abgeordneten Professor v. Hamel...

Bolschewistenfurcht in Holland.

Zahlreiche Verhaftungen.

Amsterdam, 26. Mai. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Die Angst der holländischen Behörden vor den Bolschewisten geht so weit, daß täglich neue Ausländer verhaftet werden...

Einberufungen in Deutsch-Südtirol.

Jandbrunn, 21. Mai. Die Italiener berufen in dem besetzten deutschen Gebiete Südtirols die Jahrgänge 1895 bis 1897 zum Waffendienst ein...

Das brutale Vorgehen der Italiener stellt sich als eine Ungeheuerlichkeit dar, wie sie kaum durch andere Vorkommnisse der Entente überboten worden ist.

Raub deutschen Vermögens in der Türkei.

Ein Protest.

Die 'Vereinigung der aus der Türkei ausgewiesenen Deutschen' hat bei der Reichsregierung gegen die Absichten der Entente protestiert, den ehemals in der Türkei ansässig gewesenen deutschen Handwerkern, Kaufleuten, Arbeitern und Angestellten ihr Vermögen und Eigentum wegzunehmen...

Der Generalstreik in Tangermünde beendet.

Stendal, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Nachdem die von uns gemeldeten Bedingungen angenommen worden sind, erklärte gestern Abend eine Streikerversammlung den Streik mit großer Stimmenmehrheit für beendet...

Sozialistischer Arbeitsplan.

Von Ludwig Meyer, Kristiania.

Die folgenden Ausführungen sind ein Beweis für das lebhafteste Interesse, das vom sozialistischen Ausland der Weiterentwicklung der sozialen Einrichtungen Deutschlands entgegengebracht wird...

Deutschland wird eine so erhebliche Vermögensbesteuerung vornehmen müssen, daß mit ihrer Einbeziehung in Bar nicht gerechnet werden kann. Ein wesentlicher Teil wird in Gestalt von Aktien, Obligationen und ähnlichem entgegengenommen werden müssen...

Die Mittel, mit denen die erforderliche Produktionssteigerung erzielt werden kann, sind indessen bekannt und erprobt. Es sind: Zusammenschluß der Betriebe unter sich zu Kräften und Organisation des inneren Betriebes...

Um das Gerechtigkeits- und Sicherheitsgefühl der Arbeiter zu befriedigen, muß die Sozialisierung so umfangreich wie möglich sein. Gleichzeitig muß aber dafür gesorgt werden, daß die produktiven Kräfte weder beschritten noch gelähmt werden...

Giermit wird erreicht, daß die schweren öffentlichen Lasten von der gemeinsamen Produktion und nicht vom Arbeitsverdienst des einzelnen getragen werden. Die Stellungnahme zu jeder übertriebenen Forderung von seiten der Arbeiter wird dadurch erheblich gelindert...

Eine soziale Kontrolle muß auf der Grundlage des Kollektivsystems organisiert werden. Neben der politischen Verfassung muß eine Betriebsverfassung in Kraft treten. Die Grenzlinien zwischen diesen beiden Verfassungen müssen scharf gezogen und gegenseitig verbindlich sein...

Westeuropa betrifft, so bezeichnet die parlamentarische Demokratie noch immer die höchste Form, zu der die nationale und

Kulturelle Selbstregierung des Volkes gelangt ist. Das Betriebswesen läßt sich dagegen durch keine Art von Parlamentarismus beherrschen. Es verlangt vor allem Entschlossenheit und Tatkraft. Das dürfte jedem einleuchten, jedenfalls solange ein einzelnes Land, von einer kapitalistischen Welt umgeben, zu sozialisieren gezwungen ist.

Nicht weniger als 400 kleinere und mittelgroße amerikanische Städte sind in den letzten Jahren freiwillig zu einer Art Volksdiktatur übergegangen. Durch allgemeines Wahlrecht werden fünf Kommissäre gewählt, die die Tätigkeit der jetzigen Gemeindeverwaltung und die ganze Verwaltung übernehmen. Diese Maßnahme ist durch den Bedarf an persönlicher Verantwortungsgefühl, Brauchbarkeit und Tatkraft erzwungen worden. Der Rätekongreß muß in gleicher Weise einen aus wenigen Personen bestehenden Ausschuß wählen, der die betriebmäßige Kontrolle und die notwendige Leitung ausübt. Natürlich wird die Sachverständigkeit, über die ein solcher Ausschuß verfügt, sehr begrenzt sein. Deswegen muß zugleich ein permanenter technischer Stab organisiert werden. Der Ausschuß soll vor allem den reifen, abgeklärten Willen des Volkes vertreten. Er muß daher eine ganz andere Arbeitsweise und Unabhängigkeit haben, als man sie parlamentarischen Ministern, jedenfalls außerhalb Englands und Amerikas, einräumt. Zu einem Teile muß der Ausschuß wohl alljährlich erneuert werden, doch müssen die Mitglieder innerhalb ihrer Wahlperiode unantastbar sein. Die Wahlperiode selbst darf nicht länger als drei oder fünf Jahre sein.

Im übrigen muß das Wahlsystem von der einfachen Werkstatt bis zum Gesamtkongreß sich auf eine wesentlich ratgebende Rolle beschränken, wogegen Vorschlagsfassung und Ausführung dem Verwaltungsausschuß mit seinen Unterorganen überlassen ist. Bei allen nationalen und kulturellen Fragen ist die direkte Teilnahme des Volkes an der Entscheidung von großer fortschrittlicher Bedeutung, sie steht auch der Tatkraft im großen ganzen nicht im Wege, die auf diesen Gebieten erforderlich ist. Bei allen wirtschaftlichen Dingen ist dagegen das Verhältnis genau umgekehrt. Viele Städte verdrängen die Drei, das würde unweigerlich hier das Ergebnis sein. Dagegen sind die Mitglieder des Ausschusses vom Volk erwählt, sie stehen unter der Kontrolle des Rätekongresses, und kein Mitglied kann für mehr als einige Wahlperioden wiedergewählt werden.

Die Entwicklung innerhalb des einzelnen Betriebes kann auf diese Weise schrittweise vor sich gehen, und auf die verschiedenen Bedingungen, unter denen die verschiedenen Unternehmungen arbeiten, kann gebührende Rücksicht genommen werden. Die Organisation innerhalb der einzelnen Branchen wird nach Verständigung und im Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeiter und unter Anleitung der zuständigen Abteilungen des technischen Gesamtschubes erfolgen. Bei einer unerbittlichen Meinungsverschiedenheit trifft der Ausschuß die Entscheidung. Der Ausschuß ist überhaupt jederzeit berechtigt und befähigt, im Interesse der Allgemeinheit einzugreifen.

Selbst wenn der einzelne hiernach einen höheren Teil seines Kapitals an die Gesellschaft abzugeben hat, erscheint die Frage berechtigt, ob er nicht auch weiterhin noch genügend Gelegenheit zu Ausbeutung und Uebergriff haben wird. Gerade hiertgegen soll das Räteystem durch alle Instanzen und vermittelt der entscheidenden Kontrollorgane Schutz gewähren. Abgesehen hiervon, wird dem auch ein Riegel vorgeschoben werden können durch die Einführung der Pflicht zu einer Kapitalrücklage in sozialem Sinne und durch eine progressivste Sonderbesteuerung des persönlichen Verbrauchs, der die herkömmlichen Grenzen übersteigt.

Alle Länder sind jetzt auf eine wesentliche Erhöhung ihrer Produktivität angewiesen. Gelingt das nicht, so bedeutet Sozialisierung nur gleichmäßige Verteilung der Armut. Darum muß die Organisation derart erfolgen, daß alle produktiven Kräfte verwendet werden. Jeder dilettantische Versuch ist in unserm technisch hochentwickelten Zeitalter zur Niederlage verurteilt. Kein westeuropäisches Gemeinwesen kann sich eine Erprobung der Erfahrungen erlauben, die Rußland in den letzten Jahren hat durchmachen

müssen. In Deutschland stellen dreifertel aller Werte das Ergebnis von geistiger und körperlicher Arbeit dar, während das Nationalvermögen Rußlands wesentlich aus Bond und anderen Naturerzeugnissen besteht, die kein soziales Experiment zu vernichten fähig ist.

Die Verbeamteten müssen als solche ein entsprechendes Wahlrecht zum Rätekongreß haben. In einer Gesellschaftsordnung, wie der hier dargestellten, braucht man nicht länger zu befürchten, daß das allgemeine Wahlrecht falsche Ergebnisse zeitigt. Die kapitalistischen Interessen werden keine Gelegenheit mehr haben, die öffentliche Meinung zu verwirren. Die Zeit von der Ausbeutung fremder Arbeit leben, werden bald genötigt sein, sich etwas Nützliches vorzunehmen. Auch Betriebs- und Arbeitsleitung müssen selbstverständlich sowohl im Kongreß wie im Ausschuß vertreten sein.

In ganz Westeuropa müßten alle sozialistischen Fraktionen an der Vorlage eines durchgreifenden Organisationsplanes zusammenarbeiten können. Wenn es sich um unsere Ideale handelt, ist die Spaltung zwischen aufrichtigen Sozialisten nicht so groß, daß sie in irgendeinem Lande ein unüberwindliches Hindernis bildete. Rußland verhält es sich dagegen, wenn es sich später darum handelt, unseren Willen durchzusetzen. Da müssen die größten Enthusiasten den Weg bahnen.

### Erklärung des Kriegsministeriums zum Aufruf des „Ausschusses für Volksaufklärung“.

Am den mißbräuchlichen Handlungen des „Ausschusses für Volksaufklärung“ und der daran geknüpften hämischen Artikeln den Vorden zu entziehen, erläßt das Kriegsministerium folgende Erklärung:

Der Verbeamtete trägt den Zusatz „Die Genehmigung zur Werbung von Truppen ist aus dem Kriegsministerium erteilt“. Dieser Zusatz läßt nicht nur die Auffassung zu, als ob den Unternehmern des Rufes eine besondere Verbeamtung vom Kriegsministerium erteilt wäre, sondern könnte auch den Anschein erwecken, daß das Kriegsministerium mit der Art und Weise, in der dieser Rufus geföhrt ist, einverstanden wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Im übrigen wurde läßt früher ein Versuch Vothhoff um Bewilligung von Geldmitteln zwecks Aufstellung eines besonderen Werbebureaus abichlägig beschloßen. Mit Belzer hat das Kriegsministerium überhaupt nichts zu tun gehabt. Was ferner den Inhalt des Rufes betrifft so kann es das Kriegsministerium nur aus lauter Mißbilligung, daß die Rotlage des Vaterlandes im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem die Einigung des ganzen Volkes mehr als je das Gebot der Stunde ist, dazu benutzt wird, um Teile der Bevölkerung gegeneinander anzuhetzen.

Der Kriegsminister.

Im Auftrage: gez. v. Kessel.

Diese Erklärung ist auch dem Rektor der Universität zum Aufschlag am schwarzen Brett übergeben worden.

### Polnische Zwangsmittel in Oberschlesien.

Kattowitz, 27. Mai. (Zu) Nachdem die Polen gesehen haben, daß Oberschlesien sich durchweg als deutsches Land beweist, versuchen sie es wieder mit der Anwendung des räuflichst losigsten Terrors. Auf einigen Gruben und Werken Oberschlesiens machen sich polnische Beherrschungen geltend, alle diejenigen, die anderer Meinung sind, drohen sie zu machen. Der Staatskommissar für Oberschlesien hat alle Werke und Betriebe aufgefordert, ihm sofort diese Terrorakte zu melden, damit eine strenge Verfolgung in die Wege geleitet werden kann.

In den Vorstand des Reichsernährungsministeriums sind der Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Berlin, Prof. Dr. Kubner, und der Gewerkschaftsführer Friedrich Vorkus (an Stelle von Stegemann) berufen worden.

Ein Seminardirektor ist unumschränkter Herrscher über seine Schüler durch die weiträumige Lage der Seminare in kleinen Städten oder Dörfern starkreaktionärer Gegenden, ferner durch vollständiges Fehlen von genauen Verbindungen seitens der neuen Regierung über den Unterricht an Seminaren. Zwar hat das Kultusministerium Anordnungen erlassen, doch sind sie so unbedeutend und verschwommen, daß sie dem guten oder schlechten Willen der Ausführenden weiten Spielraum lassen. So ist befohlen worden, daß Religion Nebenfach und wahlfrei sei, aber zum ersten verlangen alle prüfenden Seminarelehrer noch Bewältigung des gesamten alten Stoffes, wenn auch nur zwei Religionsstunden in der Woche stattfinden; der zweite Punkt ist an den meisten Seminaren nicht bekanntgegeben worden, und jeder Seminarist ist sich klar darüber, daß er ohne weiteres durch die Lehrprüfung fällt, wenn er es wagen sollte, sich als Gegner des Religionsunterrichts zu bekennen. Wer den Seminarstoff kennt, weiß, wie die Religion sich durch den ganzen Unterricht hindurchzieht, sei es Geschichte, Deutsch, Pädagogik, Religion ist Nebenfach geworden, aber das christlich-religiöse Erziehungsideal wird von allen Seminarpädagogen als Ziel der Erziehung gelehrt. „Wer nicht meiner Anschauung ist, gehört nicht hierher“, äußerte ein Seminarlehrer. Der Satz kann wohl den meisten von ihnen in den Mund gelegt werden.

Eine weitere Zwangsmittel für die werdenden Lehrer besitzen die Seminare in ihren mittelalterlichen Hausordnungen. Ich erinnere nur an die Internate, die es einem Seminaristen einfach unmöglich machen, Bücher zu lesen und zu studieren, die vom Lehrerkollegium nicht gern gesehen werden; in den Internaten gibt die strenge Aufsicht ebenfalls den Lehrern ein Mittel in die Hand, die geistigen Quellen ihrer Schüler einzufrieren und daraus ihre Folgerungen zu ziehen, die für sie verbindlich sind. Der Besuchsbesuch führt zum Schulrat und zum Provinzialschulkollegium, beide, wie schon gesagt, vom Geist des alten Systems erfüllt. Wahrscheinlich, ein unwürdiger Zustand, diese Zuchtanstalten der zukünftigen Volkserzieher.

Gänzlich ihren Vorgesetzten ausgeliefert sind die Seminaristen, die der Expendien bedürfen, und das sind die meisten von ihnen, da sie aus untern Volksschichten stammen und ohne die staatliche Unterstüzung die Lehrerausbildung nicht einschlagen können. Und selbst nach Vollendung seiner Laufbahn hat das Provinzialschulkollegium den neugeworbenen Lehrer fest in der Hand durch das Recht, ihn für 5 Jahre auf das beste Dorf zu schicken, ein fides Mittel, junge, blumstürmende Seelen in das Joch des gewissenlosen Gehorsams zu beugen. Kurz, eine Zwangsbeziehung bestimmter Art, vom Geiste der alten Regierung durchweht, bildet uns unsern Lehrernachwuchs heran, unter ihnen Kriegsteilnehmer, die im Krieg leben und selbständig sein gelernt haben und nun wieder als Schüler, streng nach einer Form zu erzehende unreihe Menschen erbeholdet werden. Soll das so weiter gehen? Darf die Zukunft des deutschen Volkes so verzögerten Lehrern in die Hand gegeben werden?

Als in Berlin Sonderkurse für Groß-Berliner Kriegssemnaristen eingerichtet wurden, sprach der Kultusminister persön-

### Todesurteile beim Grenzschutz.

Eine neue Tendenzläge der „Freiheit“.

Die „Freiheit“ bringt folgende Meldung: Die Mannschaften des Infanterieregiments 175 in Czernö sollen sich verpflichten, noch ein Jahr weiter zu dienen. Sie fürchten ihre Entlassung und verweigern, als ihnen diese nicht gewährt wurde, den Dienst. Daraufhin wurden sie verhaftet. Nur wer sich verpflichtete, vier Monate zum Grenzschutz zu geben, wurde freigelassen. Das Kriegsgericht in Konig hat am 9. Mai 8 Mann, die sich nicht blieben und auf ihrer Entlassung beharrten, zum Tode verurteilt. Das Urteil liegt dem Reichswehrminister Kossel zur Bestätigung vor.

Daran knüpft die „Freiheit“ dann den üblichen Kommentar. Diese Geschichte ist nichts anderes als eines der zahlreichen verlogenen Tendenzstücke, auf die sich die „Freiheit“ mit wahrem Geschick stützt.

Beim Infanterieregiment 175 in Czernö hatten 8 Leute weitere 42 Soldaten zu einem phantastischen Aufstand gegen ihre Offiziere verleitet. Sie wurden auf Grund des Meutereiparagraphen des Militärstrafgesetzbuches als Mädelöhner zum Tode verurteilt. Es ist kein wahres Wort daran, daß sie zum Weiterdienen beim Grenzschutz gezwungen werden sollten. Bei der Urteilsverkündung am 9. Mai hat der Vorsitzende den Leuten empfohlen, ein Begnadigungsgesuch einzureichen und das Gericht hat beschloßen, dieses Gesuch zu befürworten. Das Urteil ist vom Gerichtsherrn noch nicht bestätigt, inselbedessen überhaupt noch nicht rechtskräftig. Am 15. Mai ist bereits verfügt worden, vor weiterer Verhandlung dieses Urteils noch ein besonderes Rechtsgutachten eingeholen.

Der Reichswehrminister hat mit dieser ganzen Sache nichts zu tun. Er ist weder für die Bestätigung noch für die Begnadigung zuständig, noch liegt ihm das Urteil überhaupt vor. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit liegt beim Präsidenten des Reichsmilitärgerichts.

Wirdens ist die „Freiheit“ hier übermäßig hereingelegt worden. Sie hat es natürlich unterlassen, darüber Erkundigungen einzuziehen, weil ihr sonst wieder ein prächtiger Stoff entgangen wäre.

### Minister und Rechtsanwalt.

Angriffe gegen Gen. Heine.

In einem von Hans Leuß in der „Welt am Montag“ veröffentlichten Artikel wird der Minister des Innern, Genosse Heine, mit rückwärtsmützigem Ausmaß müder Beschimpfungen beschuldigt, daß er den Ex-Großherzog von Mecklenburg in einem vermögensrechtlichen Prozeß gegen den mecklenburgischen Freistaat vertrete.

Dazu wird uns geschrieben: Diese Behauptung ist unwohr. Ein solcher Prozeß schiebt nicht und steht nicht in Aussicht. Es handelt sich lediglich um die notwendige und durchaus gütlich verlaufende Auseinandersetzung zwischen dem Großherzog und dem mecklenburgischen Freistaat, bei der Genosse Heine mitwirkt. Solange diese Vereinbarung nicht und käme es zu einem Prozesse, so würde die Tätigkeit des Genossen Heine selbstverständlich erloscht sein. Im übrigen möchten wir denen, die von einem parlamentarischen Minister die völlige Aufgabe seiner früheren Berufstätigkeit verlangen, zu erwägen geben, daß ihre Forderung zu ganz unmöglichen Konsequenzen führt. Der Staatsminister wird jahrelang in seinem Amte und wurde nachher pensioniert oder erhielt ein anderes Amt. Der parlamentarische Minister muß jeden Tag bereit sein, zu seiner Berufstätigkeit zurückzukehren, — und um das zu können, muß er sie wenigstens einigermaßen aufrechterhalten. Sonst müßte eben auch der parlamentarische Minister pensioniert werden, so kurz seine ministerielle Tätigkeit auch gedauert haben mag. Genosse Heine hat das Ministerium des Innern übrigens nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung übernommen, daß er durch diese von ihm nur als vorübergehend angesehenen Pflicht nicht gehindert würde, seine Rechtsanwaltstätigkeit aufrechtzuerhalten. Er hat diese Tätigkeit, wie uns bekannt ist, überhaupt nur in ganz wenigen Fällen nebenbei ausgeübt. Die Tätigkeit im Ministerium des Innern absorbiert seine Arbeitszeit und -kraft vollständig.

Kein eine vollständige Systemänderung und Selbstverwaltung der Seminaristen. Geschehen ist bis heute nichts. Die Seminaristen, größtenteils Leute, die noch bis vier Jahre im Fache gewesen, sind auf die persönliche Nebenständigkeit und Rücksichtnahme ihrer Dozenten angewiesen; in den Seminaren der Provinz sind sie der Diktatur der Schulräte und Seminartheologen rechtungslos ausgeliefert. Sozialistische Regierung sei noch, du bist es der deutschen Jugend, den Jungen und Jüngsten schuldig! Saul u. S.

### Das künftige Heim des Völkerbundes.

Die schweizerische Regierung hat sich von dem Eugensklo an, in dem Genf zum Sitz des Völkerbundes bestimmt wurde, mit dem Gedanken beschäftigt, der neuen Vereinigung ein würdiges Heim zu schaffen. Oberst Houle hatte eine zusammenhängende Fläche von 200 Hektar verlangt, die auch für den Preis von ungefähr 12 Millionen Schweizer Franken gefunden wurde. Das Grundstück befindet sich in Gruy-de-Vent, sechs Kilometer von Genf entfernt; es ist ein großer, alter Park, in dessen weitläufigem Friede mehrere Seenbänke unter blühenden Niederbushen träumen, und dessen Wiesen mit duftenden Blumen dünt besetzt sind. Ein kleiner Hafen, wohl geeignet, eine kleine Flotte von Segelbooten aufzunehmen, schließt sich daran, und das hohe Ufer wird als Ausganspunkt für Wasserflüge aus zu betonen sein. Hier, nahe am Wasser, mit dem Blick auf die ewigen Schneefelder des Mont-Blanc, sollen sich die drei Paläste erheben, die man wohl als künftige „Welttribüne“ bezeichnen kann. Das eine Gebäude soll dem internationalen Parlament, das zweite dem Schiedsgericht und das dritte dem Arbeitsschiedsgericht dienen. Etwas weiter landeinwärts liegt der Rest an; künftige Waldwege führen breitauf und zu der Stelle, an der die Abgeordneten jeder Nation ihr Heim finden sollen. Drei kleine Säulenhallen im Stil des 18. Jahrhunderts sind hierzu auszuführen. Auf dieser Höhe soll auch eine Station für drahtlose Telegraphie eingerichtet werden. Das Gebiet erstreckt sich von dort aus nach weit nach Norden, fast bis zur französischen Grenze, von der es nur noch etwas mehr als ein Kilometer entfernt ist.

### Notizen.

Die Gegenberichtigungen der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen erscheinen in Ausgabe zum Preise von 1,10 M. im Verlage von Reimar Hobbing. — Deutsche Luftschiffpläne. Deutschland ist durch die Unruhen der Verhältnisse davon ausgeschlossen, an den Wettbewerbsläufen über den Ozean teilzunehmen. Dasselbe Deutschland, das auf dem Gebiete der Luftschiffe bahnbrechend war und während des Krieges mit dem Zeppelin L. 59 eine Rekordleistung allerhöchsten Ranges schuf. Wie es doch 96 Stunden in der Luft und legte 7000 Kilometer zurück — mehr als die Entfernungen Hamburg—New York. Man hat also bei uns die besten Erfahrungen, um ernsthaft Verkehrluftschiffe für die Ozeanfahrt zu bauen. Beim Luftschiffbau Schütte-Ross wird denn auch ein für diese Zwecke geeigneter Schiffentwurf bearbeitet.

### Vom Lehrerbildungswesen.

Ein Lehrer sendet uns folgenden Brief:

Hier und her geht der Sturm um die Trennung der Kirche von der Schule. Schöne Angriffe sind gegen Pansich, den verantwortlichen Kultusminister, sowohl von radikaler Seite wegen angeblicher Verletzung religiöser Volksehrer, von linker Seite wegen seines Verhältnisses und Hoffens mit den Demokraten und dem Zentrum erhoben worden. Eins aber vermehrt man, das ist der Hinweis auf die bestehende Orthodoxie in der Lehrerschaft, die ihre starke Stütze in dem Schwillemus der Schulleiter gegenüber den noch vollständig von Männern des alten kirchlich-kaiserlichen Systems befehlten Provinzialschulkollegien und dem Kultusministerium hat. Diese Zustände bestehen, und es ist noch nichts erreicht gegen sie unternommen worden. Bleiben sie, so wird auch die nächste Generation der Lehrer so vollständig in dunkelmännischen Geistes erogen wie die jetzige, und die Schilfnerung und Niederhaltung der wenigen Lehrer, die sich zu einer anderen selbständigen Weltanschauung durchgerungen haben, wird fortgesetzt werden. Lehrer, die frei von der kirchlichen Verbeugung sind, Lehrer, die selbständig denken gelernt haben, in die Schule zu stellen, das muß die Hauptaufgabe des sozialistischen Kultusministeriums sein, soll nicht der Ausbau auf kulturellem Gebiete eine vollständige Niederlage erleben und die Schule wieder ein Institut zur reaktionären Beeinflussung und Verdummung der Volksmassen werden.

Diejenigen nun, die die Jugend erziehen sollen, werden in den Seminaren oder Lehrerbildungsanstalten dazu herangebildet. Jedem Sozialdemokraten ist von früher her bekannt, welche Hochburgen der Reaktion und Orthodoxie die Seminare waren. Und es ist leider, trotzdem schon sieben Monate seit der Revolution vergangen sind, so gut wie nichts anders geworden. Fast alle Seminardirektoren der kaiserlichen Regierung sind noch im Dienst, sie sind entweder Theologen oder in kirchlich-kaiserliche Dogmen verknöcherte, durch Strebertei bis zum Seminardirektor emporgeklimmte Volksschul-Lehrer. Die anstrengende Arbeit, die diese Herren in ihrem Leben geleistet haben, soll absolut nicht befristet werden. Bestritten werden muß ihnen aber das Recht, ihre Jünger auf die unwillkürlichste Art heranzuführen mit Hilfe der sozialen „Fromm und gut“ aufgemachten Gebetsbücher zu Kämpfern des alten Systems heranzuzuführen. Das wird aber gelan. Semindirektoren und der größte Teil der Seminarlehrerschaft haben eine geschlossene Phalanx, die alle anders gemannten Lehrer als Außenstehende abweist, trotz für alle Fortberungen der Religions- und Meinungsfreiheit ist, ihren Jünglingen ihre Anschauung einimpft.

Man sage nicht, sie wären nicht zu erziehen. Deutschland besitzt genügend sozialistisch denkende Lehrer, die in einflussreiche Stellen der Schul- und Lehrerbildungsorganisation eingesetzt werden können, natürlich darf man nicht bürokratisch nach den von der alten Regierung vorgezeichneten Prüfungen und Altesstufen fragen.



Verbandstag der Industriearbeiter. (2. Tag.)

Nachdem der erste Tag bis spät in den Abend in eifriger, leiser erregter Aussprache der Delegierten eine Klärung der Meinungen erreicht hatte, begann am zweiten Tage die Erörterung zwecks Gründung des Einheitsverbandes durch Verschmelzung mit dem Deutschen Technikerverband.

Der Verbandsrat der neuen Einheitsorganisation soll so gefast sein, daß alle Angestellten und Beamten beiderlei Geschlechts, die technische Arbeit leisten, aufnahmefähig sind.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse werden grundsätzlich für alle Mitglieder der Organisation alle gewerkschaftlichen Mittel bis zur äußersten Konsequenz einschließlich des Streiks gefordert.

Der Einheitsverband geht von dem Gedanken aus, daß Angestellte und Beamte grundsätzlich als Arbeitnehmer anzusehen sind. Er lehnt daher die von einigen Angestelltenverbänden vertretene mittelständische Auffassung ab.

Die neue Einheitsorganisation darf sich keiner politischen Partei anschließen. Sie darf keinerlei Propaganda für irgend eine politische Partei betreiben. Sie hat nach der religiösen und parteipolitischen Überzeugung der Techniker nicht zu fragen, sondern ihr ist jeder Techniker willkommen, der auf dem Boden ihres sozialen Programms steht.

Ferner wurde beschlossen, der neuen Organisation den Namen „Bund der technischen Angestellten und Beamten“ zu geben. Mitglieder, die einen anderen Beruf ergreifen oder sich selbstständig machen, können auf Antrag unterliegende Mitglieder werden.

Gleichzeitig tagt der außerordentliche Verbandstag des Deutschen Technikerverbandes ebenfalls zur Schaffung einer Einheitsorganisation. Der vom Verbandsdirektor Dr. Hoffe erstattete Geschäftsbericht zeigte, daß der Verband seit der Revolution mehr als 12 000 neue Mitglieder gewonnen hat.

die neue Organisation ein. Die Ausführungen der Berufsgruppen der Bautechniker, Industrietechniker, Staats- und Gemeindefachleute erklärten sich grundsätzlich einmütig mit der Verschmelzung einverstanden.

Kongreß der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter.

Der im Gewerkschaftshaus tagende Kongreß der Arbeiter und Angestellten sämtlicher Bekleidungs- und Instandsetzungsämter Deutschlands nahm zunächst den Tätigkeitsbericht des Führerausschusses von Willy Lehmann-Berlin entgegen.

Sämtliche Diskussionsredner erklärten sich mit der Tätigkeit des Führerausschusses einverstanden und wünschten, das Festhalten an den Forderungen.

Ueber die Umwandlung der Bekleidungs- und Instandsetzungsämter in Zivildienste referierte ebenfalls Lehmann. Einleitend schilderte Redner, wie notwendig es ist, die gesamte Produktion zu sozialisieren.

wandelt werden. Darum sind auch die Bekleidungsämter nicht ab-, sondern auszubauen. Die Herabsetzung auf den Friedenszustand darf nicht zur Tatsache werden; denn das würde die Brotlosmachung von großen Massen der Arbeiterkassen bedeuten.

Die Damenmodenschneider und Direktoren der größten Modenschneiderei-Großbetriebe hatten sich vor einigen Tagen zahlreich versammelt, um Bericht über die vor einigen Wochen eingereichten Lohnforderungen des Deutschen Zuschneiderverbandes an die Arbeitgeber der Damenmodenschneidereiindustrie entgegenzunehmen.

In dem in der Sonntagausgabe veröffentlichten Bericht der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgewerkschaften muß es in der 5. und 6. Zeile heißen: wie sie politisch und wirtschaftlich zum Rätekrieg stehen, desgleichen in der 30. Zeile: daß sie politisch und wirtschaftlich auf dem radikalen Boden des Rätekrieges stehen.

Rote Gummiringe GUSTAV ENGEL, Gummi-Spezial-Geschäft, W 9, Potsdamer Straße 131.

Beste erprobte Qualität, für alle gängbaren Dimensionen, von 35 bis 75 Pfenning pro Stück, je nach Größe. Telefon: Lützow 251. Mittags von 1/2 Uhr bis 1/3 Uhr geschlossen.

Kuhla-Pianos. Verkauf im Jubiläumstag N 31, Waitstr. 17/18.

Hämorrhoiden über 20000 Erfolge Topf B M. BOKASAL-Heilmittel BERLIN, 31 SW68.

Ohren Brillant- u. Goldschm. G. Schleppecke, Greifeldstr. 219, Ecke Kochstr.

Haut- und Harnleiden nach besonderem naturgemäßem Heilverfahren. Spezialarzt Dr. med. Dammann Berlin 107, Potsdamer Straße 123 B.

Schreibmaschinen Klavier. Mar König, Dammstr. 133 B.

Fräulein. Rasche Hilfe h. qualif. u. be- liebter nachst. unentgeltl. Leinzig.

Charlottenburg. Botenfrau. Für den Regal- u. Kleiderkasten.

Verkäufe. Gardinenverkauf, Kuchengeschäfte, etc.

Geschäftsverkäufe. Wohnung, Geschäft, etc.

Piano kauft. Ascher, Rindberger Straße 1, Grunewald.

Wagen, neue Autos, etc. Verkauf, etc.

Wohnung, etc. Verkauf, etc.

Unterricht. Maschinenbau, etc. Unterricht, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, etc.

Verkäufe. Möbel, etc. Verkauf, etc.

Geschäftsverkäufe. Wohnung, etc. Verkauf, etc.

Piano kauft. Ascher, Rindberger Straße 1, Grunewald.

Wagen, neue Autos, etc. Verkauf, etc.

Wohnung, etc. Verkauf, etc.

Unterricht. Maschinenbau, etc. Unterricht, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, etc.

Verkäufe. Möbel, etc. Verkauf, etc.

Geschäftsverkäufe. Wohnung, etc. Verkauf, etc.

Piano kauft. Ascher, Rindberger Straße 1, Grunewald.

Wagen, neue Autos, etc. Verkauf, etc.

Wohnung, etc. Verkauf, etc.

Unterricht. Maschinenbau, etc. Unterricht, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, etc.

Verkäufe. Möbel, etc. Verkauf, etc.

Geschäftsverkäufe. Wohnung, etc. Verkauf, etc.

Piano kauft. Ascher, Rindberger Straße 1, Grunewald.

Wagen, neue Autos, etc. Verkauf, etc.

Wohnung, etc. Verkauf, etc.

Unterricht. Maschinenbau, etc. Unterricht, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, etc.

Verkäufe. Möbel, etc. Verkauf, etc.

Geschäftsverkäufe. Wohnung, etc. Verkauf, etc.

Piano kauft. Ascher, Rindberger Straße 1, Grunewald.

Wagen, neue Autos, etc. Verkauf, etc.

Wohnung, etc. Verkauf, etc.

Unterricht. Maschinenbau, etc. Unterricht, etc.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote, etc.